Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

38. Jahrgang.

№ 234. | Erscheint jeden Wochentag Abends 1/2 7 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf. | Donnerstag, den 8. Oktober. | Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. | 1885.

Die französischen Kammerwahlen.

Der Minister des Innern, Allain-Targé, soll sich kurz vor den Wahlen geäußert haben: „Die republikanische Partei wird siegen, aber eine Lektion erhalten, damit sie in Zukunft eine bessere Politik mache.“ Man ahnte also in den französischen Regierungskreisen, daß die republikanische Partei zahlreiche Sitze verlieren würde, dennoch hat der Ausfall der Wahl selbst die schlimmsten Erwartungen übertroffen. Es sind am Sonntag in 89 Departements 174 Konservative und 135 Republikaner aller Schattirungen gewählt worden, ein Resultat, das wahrhaft verblüffend wirkt. Es fehlen noch die Resultate des Seine-Departements und sind auch noch 226 Stichwahlen in Aussicht, aber auch diese werden an der Niederlage der jetzigen Regierungspartei in Frankreich nicht viel ändern, weil die monarchischen Minoritäten bei der ersten Abstimmung fast überall sehr ansehnliche waren. Die Monarchisten hatten in dem Bewußtsein, daß das neue Listenskrutinium-System ihr Werk begünstige, alle Minen springen lassen, und sind wohlorganisirt und einmüthig bei den Wahlen vorgegangen, während auf republikanischer Seite eine Zersplitterung und Verwirrung ohne Gleichen herrschte. Daß die konservativen Listen in den Departements Vienne, Morbihan, Charente, Gers, Nord, Belfort, Pas de Calais, Vendée und Mayenne durchdringen würden, war vorauszusehen, tiefe Enttäuschung bereitete es aber in Paris, als die Nachricht eintraf, daß sie auch in Departements wie Landes, Indre, Manche, Somme, Basses-Pyrénées, Ardèche und Lozère durchgedrungen seien und in anderen Departements, welche man bisher für unbestrittenes Eigenthum der Republikaner hielt, z. B. in Cher, Aisne, Aube, Ariège, Sarthe, Meuse u. s. w. durch bedeutende Minoritäten ihre Kandidaten zur Stichwahl gebracht hätten. Jules Ferry ist im Vogesen-Departement, die Minister Brisson, Allain-Targé, sowie der radikale Führer Clémenceau sind in Paris definitiv gewählt, dagegen werden die Minister Goblet, und Sadi-Carnot, deren bisherigen Mandate arg bestritten wurden, höchstens noch durch eine Stichwahl in die Kammer gelangen. Der Handelsminister Pierre Legrand und der Ackerbauminister Hervé-Mangon, welche bei der Wahl gänzlich durchgefallen sind, haben bereits ihre Entlassung eingereicht, während Goblet und Sadi-Carnot erst die Stichwahlen abwarten wollen. Auch der ehemalige Justizminister Devès, der anerkannte Führer der „Union démocratique“, erlitt eine gründliche Niederlage. Immerhin sind die opportunistischen Freunde Ferrys besser weggekommen als die unbedingten Anhänger des jetzigen Kabinets. Den Konservativen sind fast 200 Sitze sicher und haben dieselben bis jetzt mehr als 100 Sitze gewonnen. Unzweifelhaft haben 18 früher republikanische Departements ausschließlich monarchisch gewählt. In zahlreichen Departements wird der Ausfall der Stichwahlen von den Monarchisten abhängen, wodurch die Aussichten der Radikalen erhöht worden.

Das genaue Resultat der Deputirtenwahlen in Paris ist zur Stunde noch nicht bekannt. In 743 Pariser Sektionen, wo 229 000 Stimmen abgegeben wurden, erhielten Lockroy und Floquet je 148 000, Delaforge 123 000, Brisson 116 000, Barodet und Allain Targé 112 000, Maret und Révillon, Lacroix und Clémenceau 110 000 bis 100 000, Dacifus und Bert je 86 000, Rochefort 73 000, Pichon und Michelin 65 000, Calla, Hervé und Cassagnac 53 000 bis 50 000, Ranc und Spuller je 54 000 Stimmen. — Die Kandidatur des deutschfeindlichen Revanchedichters Paul Deroulède, des Präsidenten der sogenannten Patriotenliga, machte jedoch in Paris vollständig Fiasko. Wenn dort viele Stichwahlen erforderlich sind, ist dies dadurch ganz erklärlich, daß es im Seine-Departement nicht weniger als achtzehn Kandidatenlisten gab. Trotz des Regenwetters war in Paris die Betheiligung an den Wahlen eine sehr lebhafte. In vielen Bezirken der französischen Hauptstadt erschienen drei Viertel der gesammten Wählerschaft an der Urne. Da in Hunderten von Sektionen gewählt wurde, war es schwer, für diese zahlreichen Wahlstellen Ausschüsse zu organisiren. Noch schwieriger gestaltete sich die Auszählung, bei der es galt, etwa 350 Kandidaten auf den Bogen herauszufinden; viele Irrthümer und Meinungsverschiedenheiten verursachten dabei bedeutende Zeitverluste. Die Wähler mußten einen Engpaß von 30 Zettelvertheilern passiren und mögen häufig eine Liste abgegeben haben, die ihrer politischen Gesinnung gar nicht entsprach. Das Ministerium des Innern, in welchem man einen Riesensaal für etwa hundert Journalisten eingerichtet hatte, sowie die Seine-Präfektur waren in Permanenz und machten dort die verhältnißmäßig rasch aus den Provinzen eintreffenden Wahlresultate einen sehr niederschlagenden Eindruck.

Das von Gambetta so warm empfohlene und von Ferry mit so großer Mühe durchgesetzte Listenskrutinium, von welchem die Opportunisten mit Bestimmtheit ihren eigenen Triumph erhofften, zeigte sich als eine zweischneidige Waffe, ganz abgesehen davon, daß sich dieser Wahlmodus als viel zu umständlich und unzuverlässig, keineswegs als ein Mittel erwies, den richtigen Volkswillen zur Geltung zu bringen. Bei den früheren Arrondissementswahlen war der republikanische Kandidat darauf angewiesen, die Agitation selbst in die Hand zu nehmen; dabei leisteten ihm aber stets die republikanischen Beamten bis zum Feldhüter herab eine sehr wirksame Unterstützung. Als Cassagnac die neue Wahlart als eine werthvolle Waffe für die oppositionellen Parteien mit Freuden begrüßte, hielt man das für eine Aufschneiderei; es hat sich am Sonntag gezeigt, daß er dabei vollkommen im Recht war. Die Siegeszuversicht der Republikaner und deren Zersplitterung mußten um so mehr zu einer Niederlage führen, als die Rechte durch die Mißstimmung in der Provinzial-Bevölkerung förmlich zu einem Ansturm gegen die Republik ermuntert wurde. Der Sturz Ferry's, das rücksichtslose Vorgehen Clémenceau's, die unsichere Haltung des Kabinets Brisson-Freycinet und das wüste Gebahren der Radikalen erklären die Verstimmung in vielen Departements hinreichend und sind von den Monarchisten mit Hilfe der Klerikalen wacker ausgebeutet worden. An einzelnen Orten sollen außerdem die unerhörtesten Mittel der Beeinflussung in größtem Maßstabe zur Anwendung gekommen sein. Vielfach handelte es sich aber einfach nur um die Frage, ob der Einfluß der Regierungsgewalt stärker sei als die Unzufriedenheit, welche durch mancherlei Enttäuschungen in der letzten Zeit unter dem ganzen französischen Volke hervorgerufen wurde.

Nachdem sich bei den am Sonntag in Frankreich stattgefundenen Wahlen die allgemeine Unzufriedenheit mit den jetzigen Leitern der Regierung so unverkennbar kundgab, dürfte das republikanische System ernstlich gefährdet erscheinen. Zunächst wird die Stellung des Ministeriums dadurch sehr erschwert, daß in der nächsten Deputirtenkammer die extremen Parteien der Rechten und Linken der opportunistischen Mittelpartei das Gleichgewicht halten. Zur Bildung einer Regierung dürfte der Rechten zunächst noch die Möglichkeit fehlen, weil bei der Theilung der Beute die jetzt zum Angriff verbundenen Bonapartisten und Orleanisten sofort in Streit gerathen würden. Außerdem hat jede künftige Regierung in Frankreich mit den zahlreichen Anarchisten zu rechnen, welche den Wahlen völlig fern blieben, sondern alle Proletarier zur Wahlenthaltung und zur Förderung der sozialen und anarchistischen Revolution aufforderten. Wie das jetzige Ministerium Brisson-Freycinet nach dem unzweifelhaften Wahlsiege der Monarchisten weiter wirthschaften will, ist jedenfalls räthselhaft, denn wenn die letzteren auch noch zunächst regierungsunfähig sind, werden sie doch künftig nicht nur der Bevölkerung noch mehr als früher imponiren, sondern auch dem Ministerium bei vielen Fragen mit Unterstützung der äußersten Linken die größten Schwierigkeiten bereiten und ohne große Mühe dessen Sturz herbeiführen können. Dem Klerikalismus, welcher ein starkes Bindemittel zwischen den beiden eigentlich so grundverschiedenen Parteien der Rechten in Frankreich bildet, gebührt wohl der Hauptantheil an dem Erfolge der Monarchisten. Derselbe wird auch in Zukunft zwischen diesen Parteien vermitteln und aus der letzten trüben Erfahrung der französischen Republikaner wahrscheinlich den größten Nutzen ziehen.

Tagesschau.

Freiberg, den 7. Oktober.

Die **deutsche** Kaiserin richtete an den Berliner Magistrat folgendes Dankschreiben: „Die Glückwunsch-Adresse des Magistrats habe ich mit besonderer Genugthuung empfangen, denn sie erwähnt vor Allem der Gnade Gottes, die in dem zurückgelegten Lebensjahre über dem Kaiser, meinem Gemahl, gewaltet und durch seine Wohlfahrt mich wahrhaft beglückt hat. Mit Demuth erkenne ich diese und alle Wohlthaten, die in gesegneter Friedenszeit seit Jahresfrist uns wieder zu Theil geworden sind und erbitte Heil und Segen für die Zukunft unseres deutschen Vaterlandes. Ist dieses und mit ihm das königliche Haus in der jüngsten Vergangenheit von schmerzlichen Verlusten leider nicht verschont geblieben, so darf ich heute um so freudiger in den Familienkreis blicken, der mich froh bewegt umgiebt, durch das neu begründete Lebensglück meines Enkels, an dem ich innigen Antheil nehme. Dem Magistrat aber danke ich aufrichtig für die Kundgebung seiner Gesinnung mit der erneuten Versicherung, daß ich seine Bestrebungen, das Wohl der Stadt Berlin zu fördern, mit voller Anerkennung begleite und nach Kräften zu unterstützen stets bereit bin. Baden-Baden, den 1. Oktober 1885. gez. Augusta.“ In dem an das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Rothen Kreuz gerichteten Dankschreiben gedenkt die hohe Frau in anerkennender Weise der mannigfachen Fortschritte, welche die Sache des „Rothen Kreuzes“ namentlich hinsichtlich der Bildung von Sanitäts-Kolonnen gemacht hat. — Montag Nachmittag machte der deutsche Kaiser in Baden-Baden eine Spazierfahrt und dinirte um halb 6 Uhr mit der Kaiserin bei der Herzogin von Hamilton. Sodann besuchte der Kaiser mit den großherzoglichen Herrschaften die Vorstellung im Salontheater des Konversationshauses. Trotzdem in Baden-Baden seit vorgestern wieder rauhes und stürmisches Wetter eintrat, ist das Befinden der kaiserlichen Majestäten durchaus erfreulich. — Der Kaiser ertheilte die vom Vorstande des Zentral-Dombauvereins in Köln erbetene Genehmigung der Fortsetzung der Kölner Dombau-Lotterie behufs Erlangung der Kosten zur Freilegung des Kölner Domes. Seitens des preußischen Ministeriums war das Gesuch abschlägig beschieden worden.

Der Herzog und die Herzogin von Edinburg sind nach kurzem Aufenthalt in Berlin von dort nach dem Schlosse Schönberg bei Bensheim gereist, um daselbst dem Grafen Erbach einen Besuch abzustatten. — Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin verließen gestern Nachmittag Neu-Strelitz, um über Köln und Paris zum Besuche der Herzogin von Cambridge nach London zu reisen.

Die deutschen Erwerbungen in Ostafrika runden sich immer mehr ab. Wie die „Kolonialpolitische Korrespondenz“ berichtet, erwarb Lieutenant Schmidt die ostafrikanische Landschaft Usaramo durch einen Vertrag für die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft. Dagegen ist die wichtige Küstenlandschaft südlich von Useguha bereits deutsch und der ganze Lauf des Rusidji im Besitz der Gesellschaft. Der vorzügliche Hafen von Daressalam ist der beste der gesammten Ostküste Zentralafrikas und gehört dieser Landschaft an. Es wird zu untersuchen sein, inwieweit der Sultan von Zanzibar an dem einen oder anderen Küstenpunkt Usaramos Anrechte hat. Durch die Schmidt'sche Erwerbung dieser Provinz von 400 bis 500 deutschen Quadratmeilen gewinnt die Erwerbung von Chutu erst den vollen Werth.

Mehr und mehr gewinnt es den Anschein, als ob die **österreichische** Regierung die Ueberzeugung gewinne, daß sie das Ueberwuchern der slavischen Bestrebungen zurückdämmen müsse. Die offiziösen Erläuterungen der Thronrede lassen keinen Zweifel darüber zu, daß das Kabinet Taaffe nicht Lust hat, sich der Zumuthung der Czechen zu fügen und sich in ein Ministerium der Rechten zu verwandeln. Bemerkenswerth ist aber auch, daß der deutsch-österreichische Klub, nachdem sich der „Deutsche Klub“ und damit die radikaleren Elemente von ihm geschieden, im Lichte einer gemäßigten Partei erscheint, welche auf die Wiedergewinnung der Regierungsfähigkeit bedacht ist. Das von dem deutsch-österreichischen Klub veröffentlichte Programm schließt sich an das der Thronrede an; es enthält zum Wenigsten nichts, was ihr widerspräche. Von Bedeutung ist ferner, daß von offiziöser Seite nicht nur nicht der leiseste Versuch gemacht wird, dem Programm des deutsch-österreichischen Klubs entgegenzutreten, sondern daß dasselbe von dieser Seite in einer Weise aufgenommen wird, die deutlich erkennen läßt, man werde es in den Regierungskreisen gar nicht ungern sehen, wenn diese Partei erstarken würde. — Starke Proben slavischen Uebermuthes giebt auch jetzt wieder eine Anzahl kroatischer Abgeordneter auf dem in Agram versammelten Landtag. Die Entfernung gewisser archivalischer Schriftstücke aus dem kroatischen Landesarchive durch die Regierung und Ueberführung derselben nach Pest hat das kroatische Selbstbewußtsein auf's Höchste erbittert und zu einer Interpellation an den Statthalter Grafen Khuen Veranlassung gegeben. Als darauf im Landtage der Banus Graf Khuen die Bemerkung machte, daß das Land nicht im redlichen Besitze jener Akten gewesen sei, erhob die Opposition einen wüthenden Sturm. Der Hauptschreier, Dr. Starcevic, rief: „Der Rebell beleidigt die Nation und den König.“ Hieran schlossen sich weitere häßliche Lärmszenen, welche die Mehrheit des kroatischen Landtages veranlaßte, die Abgeordneten Starcevic, Grzanics und Kamenars von dreißig und Kumicsics und Valusniggs von sechszig Sitzungen auszuschließen. Die Opposition beantragte durch Folnegovils und Mazzura, in einer Adresse an die Krone die Enthebung des Banus zu verlangen, da durch die jüngsten Vorgänge dessen und des Hauses Würde so tief verletzt seien, daß derselbe nicht mehr an der Spitze der Regierung bleiben könne. Diese Anträge werden heute im kroatischen Landtage verhandelt.